

Drogen testen für die eigene Gesundheit

STN 24.07.2023

Mit der Änderung der Arzneimittelreform können Bundesländer Drug-Checking einführen. Konsumenten haben damit die Möglichkeit, psychoaktive Substanzen kostenlos und anonym testen zu lassen.

VON ANNA-SOPHIE KÄCHELE

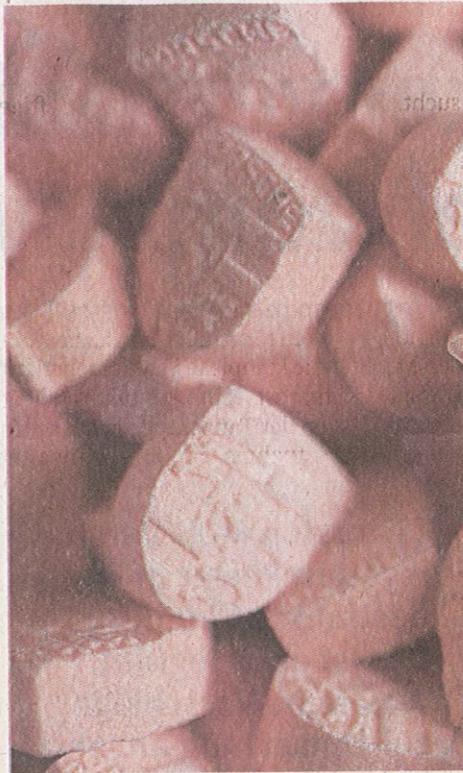
STUTT GART. Der mutmaßliche Drogentod einer 13-jährigen in Neubrandenburg Ende Juni hat die Frage, wie man Drogenkonsumenten schützen kann, in den Fokus von Politik und Behörden gerückt. Das Mädchen war nach der Einnahme der Ecstasy-Pille „Blue Punisher“ im Krankenhaus verstorben. Der Fall sorgte bundesweit für Aufruhr und bestätigte eine Entwicklung: Die Zahl der Drogentoten in Deutschland steigt. 1990 Menschen sind 2022 an den Folgen des Konsums illegaler Drogen gestorben, fast neun Prozent mehr als im Vorjahr.

Damit diese Zahl sinkt, hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Mitte Juni angekündigt, Drug-Checking bundesweit einführen zu wollen. Konsumenten sollen Proben ihrer psychoaktiven Drogen anonym und kostenfrei testen und sich zu ihrem Konsum beraten lassen können. Im Juli beschloss der Bundesrat, dass die Bundesländer Angebote zu Untersuchungen der Inhaltsstoffe von Drogen erlauben können.

Im Koalitionsvertrag verankert

In Thüringen wird das schon seit 2021 angeboten. Konsumenten übernehmen dort selbst die Analyse, wiegen ihre mitgebrachten Drogen auf Partys und Festivals selbst ab und geben sie in eine chemische Lösung. Das Ergebnis liegt spätestens nach 30 Minuten vor. Im Anschluss erfolgt die Beratung vor Ort. In Berlin läuft seit Anfang Juni ein Testbetrieb. Dass drei Sozialträger stationär die Proben annehmen und in das Labor weitergeben, liegt daran, dass das gerichtsmedizinische Institut über die nötige Sondergenehmigung verfügt und Polizei und Staatsanwaltschaft Drug-Checking begrüßen.

Auch die Regierungsparteien in Baden-Württemberg haben sich im aktuellen Koali-



Ecstasy-Pillen

Foto: dpa/Henning Kaiser

tionsvertrag für eine Erprobung des Drug-Checkings ausgesprochen. „Durch Angebote zur Schadensminderung muss alles dafür getan werden, die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu reduzieren“, heißt es dort. Es dürfe allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass die getesteten Drogen harmlos seien und unbedenklich konsumiert werden können, sagte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums auf Anfrage unserer Zeitung. „Deswegen ist es wichtig, Drug-Checking mit einem Beratungsangebot zu verbinden.“

Der Stuttgarter Verein Release arbeitet seit Jahren mit den Ergebnissen der „Check-it“-Drogenanalyse aus Österreich. Auf Partys informieren die Drogenberater mit den Daten aus Wien und versuchen so, vor besonders gesundheitsschädlichen Präparaten zu warnen. Mit Drug-Checking kann in Zukunft noch genauer auf die Konsumenten eingegangen werden. „Wenn man an der Bar Alkohol bestellt, dann gibt es eine Varianz von alkoholfrei bis Stroh-Rum - bei psychoaktiven Drogen hingegen ist es kaum möglich, die Dosierung einzuschätzen“, sagt Juliane Blanck, Eventkoordinatorin bei Take, einem Angebot von Release zur Risikominimierung des Drogenkonsums.

Auf der Suche nach dem Rausch

Der Blick auf die Nachbarländer Schweiz und Österreich zeigt: Wissen die Konsumenten davon, entscheiden sie sich häufig gegen die verunreinigten Drogen. „Das Konsumverhalten wird von Drug-Checking maßgeblich beeinflusst. Viele Menschen wollen sich nicht schaden, sondern sind auf der Suche nach einem anderen Rausch als mit Alkohol“, sagt Juliane Blanck. Auch sie hält die Kopplung von Analyse an ein Gespräch für sinnvoll: „Die Nebenwirkungen unterscheiden sich stark je nach Konsumform und Inhaltsstoffen – darauf können wir im Gespräch eingehen.“ Dass ein Gespräch die Konsumenten davon abhält, den Test zu nutzen, glaubt Blanck nicht. Ein Konsument stimmt ihr zu. „Ich freue mich schon lange darüber, dass es die Möglichkeit geben wird.“

Wann in Baden-Württemberg das Drug-Checking kommt, ist offen. Derzeit laufen Abstimmungen zum Finanzierungsbedarf und zur Art des Modells. Man stehe mit mehreren Stellen, die Interesse an einer Durchführung haben, in Kontakt, so ein Sprecher des Gesundheitsministeriums.